

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Feiertag und Festtagen nur morgens. Der Abonnementspreis beträgt bei voller Zustellung ins Haus für Ost- und Westpreußen 4,50 M., bei direktem Postbestellung monatlich 4,15 M., bei Zustellung unter Postamt für Deutschland 7.— M., ins Ausland 8.— M., per Brief 12.— M.

Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Interate haben die Adressen: Comptoirstraße 24, Berlin N.W. 6, Telefon 2895-96. Der zweite Teil des 2. Bandes ist erschienen. Die Adressen der Vertriebsstellen sind: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895-96, 9768.

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Augen um Augen, Zahn um Zahn! An das revolutionäre Proletariat Deutschlands!

Je nach Geschmack und Sprachkenntnis wird der erste Tag des Friedens von der alldeutschen Presse als Deutschlands schwarzester Tag, als der Tag des Schmachtfriedens, als der Tag der Vollendung eines beispiellosen Verbrechen bezeichnet. Nichts kennzeichnet besser den Zustand unserer politischen Verhältnisse, als die Tatsache, daß dieselben Leute, die der ganzen Welt einen Frieden der politischen Verfluchung und der wirtschaftlichen Ausbeutung auferlegen wollten, solange des Krieges Sterne noch ihnen zu leuchten schienen, jetzt den Mut finden, sich darüber zu enträsten, daß die andere Seite uns als Sieger das Gleiche antut. Es ist noch das wenigste, daß die „Kreuzzeitung“ vom Volke erwartet, daß es Rechenschaft von denen fordern werde, die leichtfertig lächelnd diesen Frieden schloßen konnten, und daß dieses Blatt noch in dieser Stunde in beispielloser Heuchelei seinen Christenglauben in folgender Weise bekundet:

Auch wir Christen sind in unseren Erwartungen und Hoffnungen getäuscht. Wir hatten zuverlässig darauf gerechnet, Gott werde schon jetzt dem deutschen Volk gegen Haß und Mißgunst und brutale Vergewaltigung zu seinem Recht verhelfen. Wir hatten Gott die Wege vorgeschrieben, die er gehen müsse, um unser Volk in seinen Plänen mit der Welt gedrahten zu können. Wir hatten zu schnell über den wahren Zustand unseres Volkes hinweggesehen. Die Feinde sind ja doch zu meist gottloser und sittenloser. Warum sollte Gott unserem Volke nicht gnädig sein?

Aus diesem Erguß spricht dieselbe abgrundtiefe Verlogenheit, mit der das deutsche Volk bisher regiert worden ist, und die es in das Elend des Krieges und an den Rand des Verderbens gebracht hat; dieselbe Verlogenheit, die im eigenen Volk das äußerste Maß der Erde sieht und die anderen Völker als gottlos und sittenlos bezeichnen.

Koller treibt es, das Hauptorgan der Alldeutschen, die „Deutsche Zeitung“. Das Blatt sagt, daß von nun an alle, „ob Jungling, Mann oder Greis“, von nun an so zu handeln hätten, „als ob jeder einzelne von uns den Tag der Auferstehung von Kaiser und Reich in ihrer alten Herrlichkeit zu schauen gewiß sein könnten“. Dann nennt es das „Deutschland der Scheidemann und Erzberger“ ein „Deutschland“, das heute nur noch dem Namen nach von Deutschen, in Wahrheit von Fremden und für Fremde regiert wird. Es müsse hier vor allen Dingen Wandel geschaffen werden. „Der Feind müsse merken, daß neben allerlei in der Tat vor rächtlichem Wesen, das zur Zeit in deutschen Gewissen das große Wort führt, die Deutschen, die er geachtet und gehorcht hat, denn doch noch nicht ganz ausgestorben sind.“ Der Feind müsse merken, daß „wir“ noch da sind, „wir“, die ihre Kinder für die Zeit der Notwendigkeit erziehen würden, nach dem Grundsatze „Augen um Augen, Zahn um Zahn“. Nach diesem Aufruf zur Revanche unerschrocken das Blatt die Aufgaben, die die Nationalen zunächst im Innern des Reichs zu lösen hätten. Fürchte seien Straßvergeudung, man solle nur Scheidemann und Erzberger gewähren lassen, denn die arbeiten doch nur für sie. Neue Kräfte seien im Anzuge, sie würden Aufsichten und Möglichkeiten bringen, die auszunutzen seien. Die akademischen Organisationen müßten einen Teil der Pflichten auf sich nehmen, die bisher der Armee oblagen.

Rechtliche Töne schlägt die „Deutsche Tageszeitung“ an, das Organ der Großhändler. „Von heute an geht der Ruf durch das ganze Volk nach einem Mann, der uns die Einheit bringt, der uns wieder zusammenschließen wird, und sei es auch wie ehemals mit Eisen und Blut“. Der Millionen deutscher Brüder, die jetzt in Anarchie gefährt werden, müsse zugewandt werden, daß sie deutschem Wesen treu bleiben sollen, „bis die Stunde der Befreiung, die Stunde der Reichseinheit, die Stunde der Wiedergeburt des deutschen Volkes schlagen wird“.

Man könnte sagen, daß das Ausbrüche ohnmächtiger Mut seien und nicht viel Schaden anrichten könnten; kämen sie doch aus dem Munde von Leuten, die durch die von ihnen verursachte Katastrophe des Krieges den Anspruch verloren hätten, noch ernst genommen zu werden. Jedoch sind Anzeichen genug vorhanden, daß diese Leute, auf die das von ihnen gebrauchte Wort „Eisen und Blut“ vollberechtigte Anwendung finden kann, es nicht nur bei diesen Kraftworten bewenden lassen, sondern zu Taten übergehen wollen. In der Sonntags-Beitrag des roten „Tag“ steht einer, der wohl die Auslieferung zu fürchten hat, der Generalleutnant a. D. und Generaladjutant Oscar von Gehlitz, folgende Drohung gegen die Entente aus:

Die Entente möge sich hüten, den Bogen auf dem Gebiete der Ehre zu überspannen — es könnte ihr sehr teuer zu stehen kommen! Das deutsche Volk hat eine so ungeheure

Die untergezeichneten Organisationen, die teils gemeinsam, teils jede selbständig, bereits Aktionen gegen das Betriebsrätegesetz eingeleitet haben, treten zur Verstärkung dieser Aktionen mit folgendem gemeinsamen Aufruf an die Öffentlichkeit:

Die Gegenrevolution sucht eine revolutionäre Erregung nach der anderen niederzuschlagen. Nachdem durch die Abwürfung der Soldatenräte die militärische Macht wieder der alten Soldateska unter neuer Führung zugefallen war, hat sie die politische Hoffnung des revolutionären Proletariats, die Arbeiterräte, vernichtet.

Jetzt will die Kaperrevolution ihr Werk besteteln, indem sie den revolutionären Errungenen Einfluß der Arbeiter in den Betrieben mit Hilfe der Gesetzgebung bricht.

Das Betriebsrätegesetz soll alle Gedanken an eine soziale Revolution endgültig zerstören. Der Gesetzentwurf über die Betriebsräte wird deshalb von den revolutionären Kopf- und Handarbeitern als ein frecher Betrug zurückgewiesen.

#### Das Gesetz zerreißt das Proletariat! Es trennt die Angestellten wieder von den Arbeitern.

Es macht das Bestimmungsrecht der Arbeitenden über ihre Einstellung und Entlassung zu leerem Schein, indem es nur ein nachträgliches, unmaßgebliches Beschwerderecht gewährt.

Der Gesetzentwurf schaltet die Arbeiter und Angestellten aus der Kontrolle der Geschäftsführung und Betriebsleitung völlig aus. Er macht die Betriebsräte zu bloßen Anhängern im Dienste des kapitalistischen Unternehmertums.

Die kapitalistische Produktion ist zerrüttet. Sie kann die Bedürfnisse der Bevölkerung nicht mehr befriedigen. Millionen müssen hungern, sie verfallen der Mangelernährung! Millionen sind arbeitslos, dem Elend und der Not preisgegeben! Aber tausende müssen feiern, weil keine Kohlen für die Betriebe beschafft werden. Die Eisenbahnkrise verschlimmert sich immer mehr. Die Verwirrung der Wirtschaft ist ärger denn je, und mit dem Anwachsen des politischen Einflusses der Gegenrevolution geht eine maßlose Preistreiberi Hand in Hand. Deshalb kann nur eine Umgestaltung der Produktionsweise von Grund auf den allgemeinen Zusammenbruch verhindern und den Wiederaufbau der Wirtschaft ermöglichen. Diese reitende Umgestaltung der Produktionsweise im sozialistischen Sinne erfordert die freudige Mitarbeit aller Hand- und Kopfarbeiter und ihrer Vertreter in den Betrieben. Dazu sind nur Betriebsräte imstande, die mit den nötigen Rechten ausgestattet sind.

Kraft bewiesen in fünfjährigem Ringen gegen eine zehnfache Uebermacht, daß es selbst nach der Hungerblutade — dem schwersten Verbrechen in diesem Kriege — noch stark genug ist, seine Ehre zu wahren. Die Auslieferung kann Wirren in den deutschen Ländern entfesseln, deren Folgen den ganzen Friedensvertrag in Stücke reißen und deren Wellen über alle Kriegserschütterung hinweg auch die feindlichen Länder überschwemmen könnte.

Diese Drohung bleibt nicht vereinzelt. Auf dem deutschnationalen Parteitag für Sachsen hat der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Herr Hergt, am Sonnabend folgendes ausgesprochen:

Für uns wird einmal der Augenblick kommen, wo wir wieder zu einer Machtpolitik kommen werden, die der Zahl der deutschen Volksgenossen und der weltgeschichtlichen Bedeutung des deutschen Volkes Rechnung trägt.

Er sagte weiter, daß wir uns in der Auslieferungsforderung „keinem Zwange unterwerfen“ dürften. Und zum Schluß legte Herr Hergt, unter begeisterter Zustimmung der Versammlung, ein erneutes Bekenntnis zum monarchischen Gedanken ab.

Die Reaktion rüstet also. Die Gegenrevolution bereitet sich auf den Tag vor, an dem sie losbrechen kann, an dem von neuem die Politik von Blut und Eisen, die Machtpolitik, beginnen soll. Die genaueren Pläne sind

#### Wir fordern daher das volle Kontrollrecht über die Betriebsführung.

Die schaffenden Menschen, die Arbeiter und Angestellten, müssen durch ihre Beauftragten darüber bestimmen, ob Betriebe stillgelegt werden dürfen oder nicht, was und wieviel von jedem Produkt hergestellt wird, welche Preise gefordert werden, wie Kohle, Holz- und Hilfsstoffe verteilt werden, was ein- und ausgeführt wird.

Diese umfassende Kontrolle kann nur erreicht werden im Kampfe gegen das Unternehmertum in jedem Betriebe und gegen die Staatsmacht, die die Unternehmer durch Nosselegarden, durch die Parlamente und durch die Gerichte gegen die Arbeiter schützt.

Es gilt den Kampf um revolutionäre Betriebsräte in allen Betrieben voranzutreiben oder erneut aufzunehmen. Die Köpfe aller Arbeiter und Angestellten müssen für diese Forderung begeistert werden.

#### Nur im Kampfe wird das Proletariat sein Recht erringen können.

Die nächsten Tage werden mit der parlamentarischen Entscheidung über das Betriebsrätegesetz einen Höhepunkt dieses Kampfes bringen. Diese parlamentarische Aktion der Gegenrevolution muß nicht nur im Parlament allen erdenklichen Widerstand finden, sie muß auch im Lande Massenaktionen in immer gesteigertem Maßstabe auslösen.

Feuerung und Notstand haben schon jetzt große Wirtschaftszweige und ganze Berufe zu Streikaktionen gezwungen. Andere Bezirke und andere Berufe stehen im Begriff, durch Proteststreiks ihrer Empörung über die drohenden Entschlüssen der Betriebsräte Ausdruck zu geben. In Massenversammlungen und Umzügen wird das Proletariat demonstrieren gegen die heuchlerische geschliche Verdrehung des Rätegedankens, den sich das revolutionäre Proletariat nicht entweichen lassen will.

Proletarier in Stadt und Land, Angestellte und Arbeiter! Folgt dem Beispiel Eurer Mitkämpfer. Heraus zum Protest! Heraus zum Kampf gegen das Betriebsrätegesetz, für das revolutionäre Räte-system!

Erlämpft Euch revolutionäre Betriebsräte mit vollem Kontroll- und Mitbestimmungsrecht in den Betrieben!

Zentrale der Betriebsräte Deutschlands. Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund).

auch bereits ausgearbeitet. In der auswärtigen Presse wird ein Bericht veröffentlicht, der im Reichswehr-Gruppenkommando I, im Hauptquartier Lüthow, entstanden ist, und den die „Rote Fahne“ zum Teil wiedergegeben hat. Es heißt darin:

„Ueberschwemmung durch Volksemissarismus von Osten, Bürgerkrieg im Innern und der Zusammenbruch des Reiches kann nur verhindert werden, wenn die Regierung in Lebensfragen der Nation festbleibt oder wird. Die Organisationen, die gegen den Volksemissarismus geschaffen sind (Reichswehr, Sicherheitspolizei, Einwohnerwehren) dürfen nicht angelastet werden. Jedem Druck der Koalition der Gegner in dieser Richtung muß standgehalten werden.“

Andere Schritte, die den wirtschaftlichen Zusammenbruch herbeiführen, müssen verhindert werden. Wenn sie ausbrechen, so muß die unmittelbare Befähigung des Reichsnotaufhebungsgesetzes die Grundlage für ihre Bekämpfung schaffen. Sie sind augenblicklich nicht als gewöhnliche Lohnbewegungen anzusehen, sondern haben beinahe durchgehend politische Motive. Schärfste Abwehrmaßnahmen gegen sie sind durch das Recht der Notwehr geboten. Die Regierung muß auch in Ehrenfragen der Nation fest bleiben. Unter keinen Umständen darf gegen die Deutschen, deren Wohlfahrt von der Entente gefährdet wird, irgendwelche Maßnahmen von der Regierung gebannt werden. Die Reichswehr würde dafür nicht zu haben sein. Andererseits darf die Regierung, wenn





